Tarifkonflikt gelöst, die Probleme der Industrie bleiben

Posted on 28. November 2026 by Klaus Lang



Screenshot: Arbeitgeberverband Gesamtmetall



Screenshot: IG Metall

Die Tarifeinigung in der Metall- und Elektroindustrie wird keine Jubelschrei bei den Mitgliedern der IG Metall auslösen, ist aber auch in keine Demütigung der Gewerkschaft. Mit einer auf zwei Jahre gestreckten Laufzeit, mittlerweile in vielen Tarifverhandlungen üblich geworden, hat die IG-Metall das geforderte Volumen der Entgelterhöhung fast erreicht, eine soziale Komponente, kombiniert mit einer Gewinnbeteiligung, realisiert und erneut die Flexibilität des Flächentarifvertrages erwiesen, somit den Metall Arbeitgebern die Möglichkeit erschwert oder genommen, mit Verweis auf Lohnkosten Beschäftigungsabbau und Standortverlagerung zu betreiben.

Das Ergebnis wurde mit den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen erzielt. Es soll auf alle anderen Tarifgebiete übertragen werden. Die IG-Metall hatte 5 % höhere Entgelte für eine Laufzeit von zwölf Monaten gefordert, eine soziale Komponente zu Gunsten der niedrigeren Entgelte, eine tariflich gesicherte Gewinnbeteiligung sowie die Möglichkeit flexibler Regelungen für die Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen angeboten. Das vereinbarte Ergebnis umfasst

- Höhere Löhne und Gehälter um 2,0 % zum 01.01.2027 und weitere 2,3 % zum 1.1.2028. Gesamtlaufzeit des Tarifvertrags beträgt 25 Monate
- Eine Einmalzahlung in Höhe von 150-450 €, die sich an der netto Umsatzrendite des Unternehmens orientiert.
- Ein neuer „Tarifvertrag für Investitionen und Beschäftigung“, der ein Rahmen für betriebliche Regelungen

ist. Damit werden eine Verlängerung der Arbeitszeit bei unveränderten Entgelt oder einer anderen zeitlich befristeten Verminderung tariflicher Leistungen ermöglicht im Umfang von bis maximal 8 % gegen Zusagen von Standort-Sicherung und Beschäftigung. Diese Regelungen werden von der IG Metall begleitet und bedürfen der Zustimmung der IG-Metall Mitglieder in dem jeweiligen Betrieb. Dadurch sollen, so die IG Metall-Vorsitzende Christiane Benner, „die Unternehmen zeitlich befristet finanzielle Spielräume und ihre Beschäftigten Sicherheit erhalten. Jetzt gibt es keine Entschuldigung mehr für Verlagerungen und Arbeitsplatzabbau."

Das Ergebnis spiegelt in allen seinen Elementen die schwierige Ausgangslage dieser Tarifverhandlungen wieder:

- Die Automobilbranche, der mitgiederstärkste Bereich der Metall und Elektroindustrie, ist von einer schweren Absatzkrise sowie dem inkonsequent-widersprüchlichen und damit kostspieligen Weg zur Elektdromobilität gekennzeichnet, Dass diese Krise durch das Managmenet, die Anteilseigner und auch das politische Umfeld mit verursacht wurde, spielt in dem konkreten Konflikt leider kaum eine Rolle. Insbesondere die Automobil- und Zulieferindustrie im Südwesten zeigt sich geschwächt. Andere Industriebereiche florieren. Trotzdem hat die IG Metall zum zweiten Mal in einer Tarifauseinandersetzung bundesweit das Instrument der 24-Stunden-Streiks eingesetzt. In über 330 Betrieben haben ca. 500.000 Streikenden gestreikt (IG Metall.de vom 25.11.2026).
- Einzelne Unternehmen, so z.B. Mercedes, haben schon vor den Verhandlungen die pauschale Rückkehr zur 40 Stunden-Woche ohne Lohnausgleich gefordert, und generell verlangt, dass Lohnkosten gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssten. Ein Teil des Arbeitgeberlagers wollte die Gunst der Stunde nutzen, der IG Metall frühere Erfolge wieder abzutrotzen, vor allem bei der 35-Stunden-Woche. Inwieweit insgesamt das System des Flächentarifsvertrags in Frage gestellt werden sollte, bleibt dahingestellt. Es wäre kein Wunder, da der Verbandspräsident von Gesamtmetall selbst aus einem Unternehmen ohne Tarifvertrag (OT) kommt und mittlerweile mehr als die Hälfte des für Tarifverträge zuständigen Verbandes Gesamtmettal „OT-Mitglieder" sind, an Tarifveträgen kein Interesse haben oder sie agressiv ablehnen (57,3 % OT-Mitglieder; Thorsten Schulten/Felix Syrovatka, Sackgasse Mitgliedschaft ohne Tarif – zur Erosion des Tarifvrértragssystems). Trotz dieser Divergenzen im Arbeitgeberlager haben Streickdruck und Kompromissfähigkeit der IG Metall zu diesem akzeptablen Ergebnis geführt.
- Schon der Koalitionsvertrag von 2025 verlangt höhere Arbeitssleistung und längere Arbeitszeiten als entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung. Vor allem Bundeskanzler Friedrich Merz und Wirtschaftsministerin Katharina Reiche haben das immer wieder bekräftig und so den Beschäftigen zu Hauptverursachern der Krise gemacht. Noch während der letzten Verhandlungsrunde hat der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer in dem Tairfkonflikt Partei bezogen, die 35-Stunden-Woche als „riesigen Irrweg" kritisiert und pauschal löängere Arbeitzeiten ohne Lohnausgleich gefordert. Diesem politischen Druck hat die IG Metall standgehalten.



Sachsens Ministerpräsident als Schlussmann (Screenshot: Website Michael Kretschmer)

Die EU-Mindestlohnrichtlinie – ein Meilenstein

Das Ergebnis und das Umfeld, in dem es zustande kam, können keineswegs beruhigen. Die industriellen Bereiche, in denen noch eine Konfliktpartnerschaft funktioniert, wie Chemie und pharmazeutische Industrie, Eisen- und Stahlindustrie, Metall- und Elektroindustrie, werden auch jenseits krisenhafter Zuspitzungen an Beschäftigung verlieren. Der Bestand dieser Bereiche ist zweifellos zu sichern, aber die industriepolitische Erneuerung muss jenseits dieser Branchen vorangetrieben werden.

Die Bundesregierung und die Koalitionspaertien müssten es endlich schaffen, ihre „Reform-Projekte“ nicht immer wieder im Streit untergehen zu lassen; und zum anderen die Vorhaben nicht als Verschlechterungen bei Rente, Gesndheit und Pflege, sondern als Verbesserungen sichtbar zu machen.

Und schließlich: Die Tarifautonomie mit branchenweiten Flächentarifverträgen ist ein zentrales Instrument sozialer und demokratischer Regulierung der kapitalistischen Marktwirtschaft. Die Tarifautonomie funktioniert aber nur bei ausreichendem Organisationsgrad der Kontrahenten und einer möglichst umfassenden Tarifbindung. Beides ist nicht mehr gegeben. Bei den Metallarbeitgeber sind die OT-Mitglieder mittlerweile in der Mehrheit. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Metall- und Elektroindustrrie liegt generell bei ca. 30 %, in der Automobilindustrie noch bei ca. 50% der IG Metall, in der Gesamtwirtrschaft

bei ca. 13%. Die Tarifbiindung ist von 70% im Jahr 1991 auf 49% 2025 zurückgegangen (Wirtschaftsdienst.eu 6/2026) – eine alarmierende Entwicklung.

Deshalb ist die EU-Mindestlohnrichtlinie (EU 2022/2041) ein Meilenstein. EU-Mitgliedsstaaten, in denen die Tarifbindung unter 80% liegt, schreibt sie vor, einen nationalen Aktionsplan zur Erhöhung der Tarifbindung zu erstellen. In Deutschland wurde dieser Aktionsplan, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, im Juli 2026 vom Bundeskabinett beschlossen und dem Bundestag zugeleitet (Bundestagsdrucksache 21/7700). Der Aktionsplan umfasst nur drei neue Maßnahmen: Das Tariftreuegesetz ist mittlerweile in Kraft getreten. Ein digitales Zugangsrecht der Gewerkschaften zu den Unternehmen, z.B zu Information und Werbung, soll kommen. Gewerkschaftsbeiträge sind steuerlich besser absetzbar geworden. Die Gewerkschaften kritisieren den Katalog als völlig unzureichend und haben einen Forderungskatalog zur Stärkung der Tarifbindung vorgelegt (DGB-Papier – Eintreten für die #Tarifwende)

Reformprogramm, um die Tarifbindung zu stärken



Zufällig zeitgleich mit letzten Verhandlungsrunde der Metall- und Elektroindustrie wurde in Berlin am 25. November der Bericht „Tarifautonomie und Tarifbindung stärken“ vorgestellt und an Bundesarbeitsminister Alexander Schweitzer übergeben. Er ist Ergebnis eines Fortschgungsprojektes (durchgeführt vom Institut für Arbeit und Qualifikation und dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instritut, gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung hrsg. von Gerhard Bosch, Thorsten Schulten, Frederic Hüttenhoff, Springer VS, Open Access). Das „Reformprogramm zur Stärkung der Tarifbindung“ umfasst zum einen Vorschläge, die die Organisationsstärke der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände verbessern soll. Dazu gehört z.B. ein digitales Zugangsrecht der Gewerkschaften zu den Betieben zur Information und Werbung, die Möglichkeit Vorteile für Mitglieder tariflich zu vereinbaren ebenso wie Solidarbeiträge für Beschäftigte, die von tariflichen Leistungen profitieren ohne Mitglied zu sein. Auf Arbeitgeberseite müssten die OT-Mitgliedschaften ausgeschlossen und auch Wirtschaftsverbände Adressat von Tarifforderungen werden können. Zum anderen ist staatliches Handeln gefordert: Das Tariftreuegesetz müsste verbessert werden, z.B. auch bei Auftragsvergabe durch die Bundeswehr gelten. Die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarfverträgen müsste erleichtert und die Tarifflucht eingedämmt werden, indem Tarifverträge bei Ausgrenzung und Ausspaltung fortgelten. Außerdem sollten auch öffentliche Investitionförderung oder Zuschüsse für Forschung und Innovation an die Tariftreue gebunden werden.

Der wirtschaftliche Strukturwandel wird die Bereiche, die Zahl der Unternehmen, die nicht tarifgebunden sind, weiter wachsen lassen, wenn nicht von den Tarifparteien selbst und den politischen Instanzen engagiert gegengesteuert wird. Die öffentliche Debatte darüber ist dringend erforderlich, der nationale Aktionsplan zur Erhöhung der Tarifbindung darf kein Schattendasein fristen. Der Verfall von Tarifautonomie und der Verlust an Tarifbindung beseitigt demokratische Gestaltungsmöglichkeiten in der Wirtschaft und trägt zu weiterem Demokratieverlust in der Gesellschaft bei.

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren